



perspective 6

Wir schmelzen die Pole weg! Sozialethische Überlegungen zum Klimaschutz

Regennasse Winter, Sommer mit Hitze- und Kälterekorden, Überschwemmungen und Stürme: Sind das Anzeichen des von Menschen verursachten Klimawandels? Wissenschaftler sind sich einig: Wir werden in naher Zukunft mit noch größeren Wetterkapriolen rechnen müssen, falls sich die Erdoberfläche im Tempo der letzten Jahrzehnte weiter erwärmt. Ökosysteme, Städte und Regionen sind gefährdet. Die Anpassungsfähigkeit unserer Zivilisation kommt an Grenzen.

In Frage gestellt ist das Energie- und Mobilitätsbedürfnis des reichen Teils der Menschheit – notwendig ist die nachhaltige Entwicklung benachteiligter Regionen. Diese Probleme sind lösbar ohne Umweltkollaps. Die Weltgemeinschaft ist herausgefordert, den Treibhausgas-Ausstoss drastisch zu senken und Verteilungskonflikte gerecht zu lösen. Das Klimaproblem könnte einen unglaublichen globalen Entwicklungsschub auslösen.



Unheimliche Wetterlaunen

Wetterextreme häufen sich. Unvergessen sind in der Schweiz der Lawinenwinter und der Lothar-Sturm von 1999. Im selben Jahr sowie 2005 verursachten Hochwasser Schäden in Rekordhöhen. Der Hitzesommer 2003 war vermutlich der wärmste in Europa seit dem Jahr 1500. Er forderte bis zu 30 000 Menschenleben. Noch nie wurden im Atlantik so viele tropische Wirbelstürme mit Hurrikanstärke registriert wie 2005, als «Katharina» New Orleans verwüstete.

Erderwärmung durch Menschen

Solche Ereignisse beweisen zwar den Klimawandel nicht, aber sie passen in die Modelle der Wissenschaftler. Messdaten belegen inzwischen unzweifelhaft, dass sich die Erdoberfläche im 20. Jahrhundert erwärmt hat: global um durchschnittlich 0,7 Grad Celsius; im Alpenraum etwa doppelt so stark. Das vergangene Jahrzehnt war das wärmste seit Jahrhunderten.

Seit der industriellen Revolution steigt die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre: von dem seit 400 000 Jahren

sehen... urteilen... handeln!



© Theo Bühmann

typischen Wert von 280 auf zurzeit 380 ppm (Anzahl CO₂-Moleküle pro Million Luftmoleküle). Die Forscher sind sich heute sicher, dass dieses Treibhausgas am meisten zum Temperaturanstieg beiträgt und der Mensch dafür verantwortlich ist: in erster Linie durch Verbrennung fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas), in zweiter Linie durch die Abholzung von Wäldern. Ein Teil dieses CO₂ wird von den Meeren aufgenommen und führt zu deren Versauerung.

Eisschmelze

Alarmierend ist der weltweite Eisrückgang. Die Eisdecke auf Grönland ist in den letzten 30 Jahren um fast einen Fünftel geschmolzen. Die Alpengletscher haben seit der industriellen Revolution mehr als die Hälfte ihrer Masse verloren. In Gebirgshöhen sind die Erdoberflächen – bis auf eine dünne Schicht im Sommer – normalerweise gefroren. Diese Permafrostböden tauen nun immer länger auf. Hänge werden instabil, Bergstürze und Murengänge gefährden Ortschaften und Strassen.

Zunehmende Treibhausdynamik

Der physikalische Vorgang hinter diesen Veränderungen heisst Treibhauseffekt: Die Sonne erwärmt die Erde. Diese Wärme strahlt wieder ins Weltall ab. Die Atmosphäre lässt aber – verstärkt durch Gase wie Wasserdampf, CO₂, Methan, Lachgas, Distick-

stoffoxyd und FCKW – nur einen Teil von ihr durch. Je höher die Gaskonzentration, desto weniger können Wärmestrahlen «entschwinden»: Die Erde heizt sich auf. Diesen an sich natürlichen Vorgang – ohne ihn wäre unser Planet völlig gefroren – verstärken Menschen durch Treibhausgase und bringen so das Klima aus dem Gleichgewicht.

Wir stehen erst am Anfang!

Inzwischen rechnen Klimatologen bis zum Jahr 2100 mit einem Temperaturanstieg von rund 2 bis 6 Grad über den vorindustriellen Wert. Was auf den ersten Blick minim scheint, sind tatsächlich grosse Durchschnittszahlen. Sie werden regional zu hohen Spitzenwerten führen. Eine vergleichbar grosse Erderwärmung gab es letztmals vor 15 000 Jahren, als die Eiszeit zu Ende ging. Doch sie erfolgte über einen Zeitraum von 5000 Jahren.

Mehr Hochwasser und Dürren

Womit müssen wir rechnen? In der Schweiz werden Hitze- und Kälteperioden im Sommer häufiger und intensiver. Generell gibt es mehr Extremniederschläge mit Überschwemmungen. Das unberechenbarere Klima belastet die Landwirtschaft. Der Süden wird mit Dürren zu kämpfen haben. Im Norden zieht fehlendes Gletscherwasser in Flüssen Engpässe in der Wasserversorgung nach sich. Dem Skitourismus unter 2000 Metern fehlt der Schnee.

Regionen gefährdet

Weltweit verändern sich Grosswetterlagen und Niederschlagsverteilungen in hohem Tempo. Es könnte Gesellschaften und Ökosysteme überfordern, die hochgradig ans vergangene Klima angepasst sind.

Entscheidend ist auch, wie stark der Antarktische Eisschild und derjenige von Grönland – die viel Meereswasser binden – weiter schmelzen. Wie schnell und wie weit der Meeresspiegel ansteigen wird, ist eine der offenen Fragen. Wann wird man ganze Regionen samt Städten aufgeben müssen? Wie sind die dadurch ausgelösten Migrationsströme zu bewältigen?

Entwicklungspolitische Brisanz

Landwirtschaftliche Vorteile entstehen voraussichtlich in kälteren Industrienationen des Nordens – Einbussen in (sub)tropischen Ländern. Weit entwickelte Regionen können sich Klimaveränderungen besser anpassen als unterentwickelte. Am meisten werden Menschen dort leiden, wo bereits Hunger und Armut sie gefährden und wo sie am wenigsten zur Erwärmung beitragen.

Eine WHO-Studie kam schon 2002 zum Ergebnis, dass jährlich 150 000 Menschen an Folgen der globalen Erwärmung sterben.

«Klimaskepsis»

Während in Europa nur noch wenige das Klimaproblem leugnen, ist dies in den USA eine bis in die Regierung massgebliche Haltung. Sie resultiert aus verzerrten Mediendarstellungen: Man ist hin- und hergerissen zwischen Horrorprognosen und Meldungen, am Klimawandel sei nichts dran. Dadurch entsteht der falsche Eindruck, in der Klimaforschung würden immer wieder neue Ergebnisse bisherige «Glaubenssätze» in Frage stellen. Doch die hauptsächlich durch Menschen hervorgerufene Klimaerwärmung erhärtet sich heute aus Hunderten von Studien immer mehr.

Klimakonventionen

189 Staaten unterzeichneten die UN-Klimarahmenkonvention von 1992. Als Ziel formulierte sie, die atmosphärische Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau zu stabilisieren, welches eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert.

Die EU-Umweltminister definierten einen Anstieg von maximal 2 Grad (gegenüber dem

vorindustriellen Wert) als kritische Grenze. Das ist fast drei Mal die bereits erfolgte Erwärmung! Sie würde vermutlich überschritten, wenn die CO₂-Konzentration 450 ppm übersteigt und die globalen Emissionen bis 2050 nicht mindestens *halbiert* sind.

2004 wurde das Kyoto-Protokoll ratifiziert, allerdings ohne die USA und Australien. Bis Januar 2007 vereinbarten 168 Länder, dass die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 5,2 Prozent gegenüber 1990 sinken müssen. Es zeichnet sich ab, dass bereits dieses Teilziel nicht erreicht wird.

Energie-Revolution tut not

Der Löwenanteil an Treibhausgasen wird durch den Verbrauch fossiler Energie freigesetzt. Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet global mit bis zu 60 Prozent *mehr* Energiebedarf in den nächsten drei Jahrzehnten. Ohne Kursänderung werden drei Viertel auf Erdöl, Erdgas und Kohle fallen. Damit stünden wir klimatisch vor der Katastrophe.

Verpasst die Schweiz das Kyoto-Ziel?

Per CO₂-Gesetz verpflichtete sich die Schweiz, bis 2010 den Kohlendioxidausstoss um zehn Prozent (gegenüber 1990) zu senken. Dieses Ziel wird ziemlich sicher nicht erreicht. Es ist auch unsicher, ob die Kyotoverpflichtung von maximal acht Prozent eingehalten wird. Denn nach wie vor *steigt* in unserem Land der Treib- und Brennstoffverbrauch. Seit 2004 hätte das Parlament den bundesrätlichen Vorschlag für wirksame CO₂-Lenkungsabgaben «absegnen» müssen. Zwei Jahre später beschloss die Legislative eine bescheidene Abgabe lediglich auf Heizöl ab 2009. Seit Oktober 2005 wird der in seiner Wirkung umstrittene «Klimarappen» erhoben (siehe Kasten).

CO₂-Lenkungsabgaben auf fossile Energieträger sollen die sparsame Nutzung von nachhaltigen Energien fördern. Der Ertrag wird an Bevölkerung und Wirtschaft so zurückerstattet, dass belohnt wird, wer wenig CO₂ erzeugt.

Der **«Klimarappen»** ist eine weniger hohe Förderabgabe, um Massnahmen zur CO₂-Reduktion im In- und Ausland zu finanzieren.



Hinter unterschiedlichen Positionen verbergen sich oft gegenläufige Einzelinteressen. Darum steht immer wieder die Grundentscheidung an, welche Werte *erste Priorität* erhalten sollen. Hier helfen uns Prinzipien aus der christlichen Ethik:

Nachhaltigkeitsprinzip

Nachhaltigkeit bedeutet, unsere Bedürfnisse nicht auf Kosten kommender Generationen zu befriedigen. Wir dürfen die Natur nur so weit belasten, wie sie sich regenerieren kann. Wir sollen an Ressourcen nur verbrauchen, was nachwächst oder wofür Ersatz gefunden wird.

Auch bei Umweltfragen müssen Würde und Rechte des Einzelnen geachtet werden (Personalitätsprinzip). Betroffene sollen über Massnahmen mitentscheiden können.

Energie-Effizienz

Die Menschheit ist herausgefordert, ihre Abhängigkeit von Erdöl, Erdgas und Kohle zu überwinden. Wie kann das grosse Potenzial zur Gewinnung *erneuerbarer Energien* aus Wasser, Wind, Sonne, Erd-, Meeres- und Umweltwärme, Holz und Biomasse besser genutzt werden? Welche technischen Weiterentwicklungen, welche Markteinführungen und Förderungen sind dazu nötig? Das Nachhaltigkeitsprinzip hinterfragt unseren

Umgang mit diesen Ressourcen. Schöpfen wir *alle* Möglichkeiten aus, die zu einem nachhaltigen Umgang mit Energien führen – oder schützen wir zuerst eigene (ökonomische) Interessen?

Ebenso zentral ist diese Frage bezüglich *Effizienz*. Wir werden lernen müssen, mit viel weniger Energie auszukommen, besonders beim Verkehr und beim Heizen.

«Nachhaltigkeitsdenken» verlangt ein kritisches Abwägen, ob neue Kernkraftwerke als klimafreundliche Zukunftsoption zu bejahen oder zu verwerfen sind. Die Risiken bei der zivilen Nutzung wie auch durch neue Atomwaffenentwicklungen sind gross. Auch die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist ungelöst.

Emissionen durch Agrarwirtschaft

In hoch entwickelten Landwirtschaften verursachen hohe Intensitäten und Tierbestände erhebliche Methan- und Lachgasemissionen in die Atmosphäre.

Eine nachhaltige Forstwirtschaft sollte Wälder so bewirtschaften, dass sie nicht zu Emissionsquellen werden, sondern CO₂ aufnehmen.

Umweltverträglicher Wohlstand

Für eine nachhaltige Entwicklung bilden Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft – unter Einbezug der verschiedenen Kulturen – eine untrennbare Einheit. Anzustreben ist eine bessere Gesamtvernetzung (Retinität). Häufig führen Fehlentwicklungen in einem Bereich zu Problemen in andern Bereichen. Die Zukunft der Welt hängt daran, umweltverträglich Wohlstand für alle zu schaffen.



Wachstums-Chance

Wirtschaftskrisen und die Globalisierung drängen den Umweltschutz aus der öffentlichen Diskussion. Probleme werden auf wirtschaftliche Sichtweisen reduziert.

Aus dem Blick der Nachhaltigkeit besteht die weltgesellschaftliche Aufgabe jedoch darin, die Effizienz des Marktes mit sozialem und ökologischem Ausgleich zu verbinden. Weit-sicht kann sich auch wirtschaftlich auszahlen: Wer frühzeitig in den Klimaschutz investiert, erhält einen Wettbewerbsvorteil und schafft Arbeitsplätze. Alternative Energietechnologien begründen heute Wachstumsbranchen.

Solidaritätsprinzip

Als Einzelwesen sind wir Teil eines grösseren Ganzen. Darum tragen Menschen nicht nur Verantwortung für sich selbst, sondern auch für Mitmenschen und die Gesellschaft. Wir sind aufgefordert, Benachteiligten und Armen zu helfen. Solidarität bedeutet aber auch, uns für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

Das Solidaritätsprinzip schliesst die *Gerechtigkeit* mit ein: Die Güter der Erde sind für alle Menschen bestimmt. Da reiche Industrienationen das Ökosystem Erde bereits übernutzen, können sie von ärmeren Ländern nur einen umweltfreundlicheren Entwicklungspfad verlangen, wenn sie ihnen dabei entwicklungspolitisch helfen und der ökologischen Forderung selber nachkommen.

Auch im Klimaschutz gilt: Niemand soll einseitig geschont oder belastet werden (Gemeinwohlprinzip). Der Handel mit Emissionszertifikaten ist vor diesem Hintergrund zu hinterfragen.

Nord-Süd-Konflikt lösen

Das Klimaproblem ist nur lösbar, wenn das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd einbezogen wird. Dabei geht es nicht nur um Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch um den Weltfrieden.

Vollzüge die Dritte Welt die bisherige Entwicklung der Industrieländer nach, wäre auf unserem Planeten kein menschenwürdiges Leben mehr möglich. Bei den «Nach-Kyoto»-Verhandlungen müssen sich die Industrieländer ehrlich fragen, ob ihre «Besitzstandswahrung» aufstrebenden Ländern wie China, Indien, Brasilien, Mexiko und Nigeria nicht einen Freibrief für ungebremsten CO₂-Ausstoss gibt?

Gemeinschaftsaufgabe

Der Wissenschaftsbeirat globale Umweltveränderung der deutschen Regierung (WBGU) hat aufgezeigt, dass die zureichende Energieversorgung der Menschheit, der gleichzeitige Schutz der Erdatmosphäre und der faire Lastenausgleich in der Staatengemeinschaft *möglich* sind. Damit dies gelingt, sind allerdings – unter Einbezug der aufgezeigten Sozialprinzipien – grosse Anstrengungen notwendig: Die Politik sollte in grossem Stil handeln, die Wirtschaft in kühner Weise investieren, und die Gesellschaft entschlossen an einer neuen industriellen Revolution mitwirken.

Subsidiaritätsprinzip

Von der Sensibilisierung über Verhaltensänderungen bis hin zu Neuentwicklungen sind alle Ebenen der Weltgesellschaft gefordert. Das Subsidiaritätsprinzip hilft, die Beziehungen der unterschiedlichen Akteure zu regeln. Eine zentrale Forderung dabei ist: Die Gemeinschaft soll Einzelne in Aufgaben unterstützen, die sie selber (besser) zu lösen vermögen. Probleme jedoch, welche die Kräfte unterer Instanzen übersteigen, sollen auf höheren Ebenen angegangen werden. Im Klimaschutz zeigt es sich, dass private Initiative und Freiwilligkeit nicht ausreichen. Es braucht staatliche – und auch internationale – Anreize, Lenkungen und Gesetze.

Katastrophenschutz: schmerzlicher als Prävention.

Untersuchungen weisen nach, dass die volkswirtschaftlichen Einbussen des ungebremsten Temperaturanstiegs um ein Vielfaches höher sind als die Kosten für Klimastabilisierung. Wie sollen beispielsweise Millionenstädte vor den nicht präzise vorhersehbaren Wirbelstürmen geschützt werden? Siedlungs- und Industriebau, Tourismus, Verkehrsinfrastrukturen, Küstenschutz, Landwirtschaft, Fischerei und viele weitere Bereiche stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Sie werden nur subsidiär zu bewältigen sein.

Energieabgaben verbilligen Arbeit

Die Verzögerungen bei CO₂-Abgaben in der Schweiz gefährden bisherige Anstrengungen: Seit 2004 reduzieren rund 600 Firmen ihre Emissionen freiwillig – dadurch werden sie dereinst von CO₂-Abgaben befreit. 2005



© Gregor Gander-Thür

wären nochmals fast so viele Unternehmen dazugekommen. Doch sie warteten die Entscheidung zu den Lenkungsabgaben ab. Wenn nun klar ist, dass erst 2009 eine minimale, auf Heizöl beschränkte Abgabe kommt, so stellt sich die Frage: Sind die Unternehmen bereit, trotz des geringen staatlichen Anreizes weiter in den Klimaschutz zu investieren? Viele Politiker lehnen Lenkungsabgaben aus wirtschaftlichen Überlegungen ab. Dabei wäre zu wünschen, dass die guten Erfahrungen vieler EU-Länder mit CO₂- und Energieabgaben mehr Beachtung finden: Die Arbeit wird steuerlich entlastet; sinkende Herstellungskosten stärken somit die Wirtschaft.



Eine christliche Haltung lebt wesentlich aus der Zuversicht und dem Glauben an die Zukunft. Darum möchte perspe©tive mit einer Auswahl von inspirierenden «Mutmachern» zum «guten Klima» beitragen:

1. Im persönlichem Klima-einsatz sich am Prinzip Hoffnung aufbauen.

Angesichts der düsteren klimatischen Zukunftsszenarien gilt es zuerst einmal, nicht in – oft auch bequeme – Resignation zu fallen. Es ist nicht wahr, dass «ja alles doch nichts nützt». Entwicklung beginnt immer in kleinen Schritten entschlossenen Handelns. Es geht auch nicht darum, auf allen Wohlstand zu verzichten. Angesagt sind Verhaltensänderungen: Ein sorgsamer Umgang mit der Energie und Mobilität. Auch den Wert der Natur und des Wohlergehens unserer «menschlichen Umwelt» mehr wahrzunehmen bringt Lebensqualität. Überlegen wir mit Gleichgesinnten, was wir konkret fürs Klima tun können. Geben wir PolitikerInnen unsere Stimme, die sich dafür einsetzen. Treten wir klimaschützerisch engagierten Organisationen bei.

2. In Diskussionen die Chancen des Klimaschutzes betonen.

Pflegen wir eine Portion Skepsis gegenüber Aussagen, die den Klimawandel dramatisieren oder herunterspielen. Fundierte Informationen basieren meistens auf gemeinsamen Stellungnahmen von *Forscherguppen*.

Seriöse Klimatologen legen dar, was weithin akzeptierter Wissensstand ist – und wo ihre persönliche Einschätzung beginnt.

Medienschaffende haben eine grosse Verantwortung, den Wahrheitsgehalt nicht ihrer reisserischen Story unterzuordnen. Nicht, was für oder gegen den Klimawandel spricht, bereichert die öffentliche Diskussion, sondern, welche Massnahmen zu seiner Begrenzung Sinn machen.

3. Sich in kreativer Sparsamkeit und Energie-Effizienz ereifern.

In der Energie-Effizienz liegt ein unglaubliches Sparpotential, bei dem Erfindergeist und Kreativität gefragt sind. Beispielsweise können leichte Autos mit Bremsenergie-Rückgewinnung den Treibstoffverbrauch stark senken. Industrie- und Wohnbauten lassen sich im Minergiestandard bauen. Als Passiv- oder Nullenergie-Häuser sind sie sogar energetische Selbstversorger. Sparlampen und Geräte ohne Standby-Funktion gehören selbstverständlich dazu. Klima-

freundlich wirken wärmedämmende Fassadensanierungen, Wärmepumpen, Pelletheizungen, und solar unterstützte Warmwasseraufbereitungen. Mit steuerlichen Anreizen gewinnen hier Gesetzgeber Glaubwürdigkeit: Damit die Vision greifbar wird, den Energieverbrauch pro Person um zwei Drittel auf jährlich 2000 Watt zu senken (siehe Kasten).

4. Den besten Mix aus erneuerbaren Energien masschneidern.

Unsere Zukunftshoffnung liegt in dezentralen und effizienten kleineren Energiesystemen. Breit zu fördern – etwa mit kostendeckender Einspeisevergütung – ist die Energiegewinnung aus Wind, Biomasse (Holz, Abfälle, Fäkalien), von der Sonne (Solarzellen, Kollektoren, Kraftwerke), aus dem Boden (Geothermie) und Wasser (Kleinkraftwerke). Bei grossen Stromproduzenten ist zu prüfen, ob Investitionen mehr der Geldvermehrung statt der «Versorgungssicherheit» dienen.

5. Das Luxusgut Mobilität gezielt geniessen.

So wie Bedenken gegenüber einer zügellosen Mobilität in unseren Köpfen wachsen, kann der Verkehr auf unseren Strassen schrumpfen. Der Sinn jeder Fahrt will geprüft sein, ebenso der Verbrauch senkende Fahrstil an der Autoprüfung.

Den motorisierten Privatverkehr einschränken – den Öffentlichen Verkehr verbessern, so lautet das klimastabilisierende Credo: zum Beispiel durch Carsharing, Roadpricing, durch eine konsequente Raum- und Siedlungsplanung. Verbrauchsabhängige Fahrzeugsteuern – auch für Motorräder, Landwirtschafts- und Armeefahrzeuge – würden einiges bringen. Ebenso ist der Flugverkehr in den Klimaschutz einzubinden: etwa durch ein Kompensationssystem mit Emissionshandel und durch Kerosin-Abgaben.



© Gregor Gander-Thur

2000 Watt ist als umweltverträglicher Energiekonsum pro Kopf errechnet worden. Bisher müssen Leute armer Länder mit Bruchteilen davon auskommen, während der Durchschnittsverbrauch in einigen Industrienationen bis 20mal höher ist. Mit der Vision der **2000-Watt-Gesellschaft** soll *allen* Menschen der Erde ein guter Lebensstandard ermöglicht werden.

Förderungswürdig sind Elektromobile, die ihren Verbrauch durch eine stationäre Solaranlage einspeisen. Vom Solidaritätsprinzip her ist jedoch die Treibstoffproduktion aus Raps, Mais, Zuckerrohr, Soja oder Getreide teilweise als problematisch zu bewerten: Wer sie subventioniert, verschlechtert in gewissen Regionen die Ernährungssituation.

6. Mit Gemeinwohl-Überzeugung politische Kleinlichkeit überwinden.

Politiker sollen der neuen klimaschützerischen Bewegung der Schweiz Schwung verleihen: mit wirksamen Lenkungsabgaben auch auf Benzin, Diesel – und anschliessend auf allen nicht erneuerbaren Energien und prozessbedingten Treibhausgasen.

Zu einem nachhaltigen Politverhalten gehört, Institutionen wie «Energie Schweiz» unter die Arme zu greifen, statt sie wie das Netzwerk «Lokale Agenda 21» mit dem Sparhammer zu zerschlagen.

Am Verfassungsauftrag, den alpenquerenden Lastwagenverkehr auf die Schiene zu bringen, gibt es nichts zu rütteln. 650 000 «realpolitische Ausnahmefahrten» genügen. Der Bahngüterverlad (Cargo) soll nicht eingeschränkt, sondern ausgebaut werden.

Klimawirksame Anreize sind in der Land- und Forstwirtschaft mit bisherigen Flächenbeiträgen kombinierbar. International ist darauf zu drängen, dass die Abholzung der Tropenwälder gestoppt wird.



© Gregor Gander/Thür

7. Mit ökosozialen Wirtschaftsmassstäben ganz vorne dabei sein.

Bei so viel «Knochenarbeit» soll die Vision nicht untergehen. Wieso läuft die Globalisierung nur ökonomisch? Warum soll ihre Dynamik samt Kapital- und Wissenstransfer nicht einen *qualitativen* Wettbewerb, eine nachhaltige Weltentwicklung antreiben? Stellen wir uns einflussreiche Wirtschaftsführer vor, die auf Konferenzen erfolgreich für eine ökosoziale Marktwirtschaft werben. Stellen wir uns die grossen Aufbrüche vor, wenn statt Besitz- und Machtgier die Begeisterung für eine Menschheit und Natur, der es immer

besser geht, die globale Entwicklung bestimmt! Wieso soll das nicht möglich sein?

8. Sich für eine nachhaltige Weltgemeinschaft begeistern.

Ein verheissungsvolles Mutmacher-Projekt ist der «Global Marshall Plan» für eine demokratische und zukunftsfähige Welt (www.globalmarshallplan.org). Unter Vernetzung bestehender (inter)nationaler Initiativen und Institutionen verfolgt er das Ziel einer ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit. Vordringlich wird bei der Entwicklung benachteiligter Länder angesetzt.

Impressum

Herausgeberin

Union der Christlichsozialen, Geschäftsstelle,
Dorfstrasse 11, 9423 Altenrhein, Tel: 071 855 19 47,
www.ucs-ch.org, info@ucs-ch.org

Text: Theo Bühlmann, PR- und Medienschaffender,
Fuchsacker 3, 6233 Büron, Tel: 041 933 13 23,
Mail: at.buehlmann@bluewin.ch

Mitarbeit: Thomas Wallimann, Sozialinstitut KAB,
Ausstellungsstr. 21, Pf. 1663, 8031 Zürich
Tel: 044 271 00 32, www.sozialinstitut-kab.ch
Bruno Weber-Gobet, Bildungsinstitut für Arbeitnehmende
ARC, Hopfenweg 21, Pf. 5775, 3001 Bern
Tel: 031 370 21 11, www.travailsuisse.ch

Preis:

Einzelnummer: Fr 4.80
Abonnement: Fr. 12.00 (4 Nummern)
Satz à 10 Stück: Fr. 12.00
Satz à 50 Stück: Fr. 40.00
(+Versandkosten).

Bestelladresse: info@ucs-ch.org,

Tel. +41 (0)71 855 19 47, Fax +41 (0)71 855 19 28